



Erklärung des Präsidiums des Landeskommitees:

**Rund 21.000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz in bayerischen Berufsschulen benötigen ein sinnvolles Bildungs- und Integrationsangebot**

Im aktuellen Schuljahr 2005/2006 sind an den bayerischen Berufsschulen rund 21.000 Jugendliche gemeldet, die über keinen Ausbildungsplatz verfügen. Von ihnen besuchen etwa 3.300 ein Vollzeit-Berufsvorbereitungsjahr und weitere 3.300 Berufsvorbereitungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit. Etwa 2.000 bis 3.000 Jugendliche suchen bewusst keine Lehrstelle, sondern helfen in Familienstrukturen mit oder haben Jobs angenommen.

Damit müssen etwa 12.000 Jugendliche die so genannten JoA-Klassen (Klassen für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz) besuchen, zum größeren Teil in der Variante des einen Berufsschultages pro Woche, zum kleineren Teil in 8-Wochen-Blöcken. Dieser Blockunterricht erlaubt zwar kleine Projektarbeiten, aber mit den acht Wochen gilt aus amtlicher Sicht das gesamte Schuljahr als erledigt.

Keine der beiden Varianten kann den betroffenen Jugendlichen eine fachliche Grundqualifikation sowie eine berufliche und soziale Integration ermöglichen. Sie sind für den Freistaat Bayern, der in Deutschland als Kultur- und Bildungsstandort bislang Vorbildcharakter hat, kein Aushängeschild.

Deshalb ruft das Landeskommitee der Katholiken in Bayern die Staatsregierung auf, diesen Jugendlichen zeitnah ein umfassendes Ganzjahresangebot zu ermöglichen. Das Argument des fehlenden Geldes darf nicht dazu führen, dass jungen Menschen heute Integrationschancen verbaut werden – noch dazu mit dem abenteuerlichen Hinweis, man spare, um der nachwachsenden Generation weniger Schulden aufzubürden. Die Jugendlichen leben heute in Bayern, sie sind jetzt von der Misere betroffen und deshalb werden ihnen finanzielle Entlastungen in zehn oder zwanzig Jahren kaum noch von Nutzen sein.

Das Beispiel Nordrhein-Westfalen, wo der neue Arbeits- und Sozialminister Karl-Josef Laumann innerhalb weniger Monate 28 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) mobilisieren konnte, um den betroffenen Jugendlichen ein „Werkstattjahr“ mit zwei Tagen in der Berufsschule, zwei Tagen bei einem freien Träger und einem Tag im Betrieb anzubieten, müsste auch in Bayern zu verwirklichen sein.

In Bayern gibt es zwar auch schon vereinzelt Modelle solcher kombinierter Angebote von Berufsschule und Träger, und diese konnten bereits positive Ergebnisse erzielen. Aber nun wäre es an der Zeit, diese Idee landesweit umzusetzen. Nur durch fachliche Grundqualifikation und sozialpädagogische Begleitung kann man Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz Chancen eröffnen, später doch noch eine anerkannte Berufsausbildung zu absolvieren. Wir dürfen die betroffenen jungen Menschen nicht abschreiben!

München, 3. Januar 2006

Helmut Mangold  
Vorsitzender